

LaG - Magazin

Unangepasst.

Repressionserfahrungen

von Frauen in der DDR

25. März 2020

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Die Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“4	
Die nichtstaatliche Frauenbewegung in der DDR.....6	
Die ostdeutsche Frauenbewegung in der GrauZone.....10	
Jung, weiblich, feindlich-negativ – die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin.....15	
Podiumsgespräch „Geschlechtsspezifische Aufarbeitung der DDR“19	

Empfehlung Fachbuch

Seid doch laut!.....22	
Traumatisierung durch politisierte Medizin.....25	

Empfehlung Lebensbericht

Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost.....28	
„Asozialität“ in der DDR – Repressionserfahrungen von Frauen. Bericht über ein Zeitzeuginnengespräch.....31	

Empfehlung Web

Berlin in Bewegung.....36	
---------------------------	--

Liebe Leser*innen,

wir begrüßen Sie zur aktuellen Ausgabe des LaG-Magazins. Die derzeitige Covid-19-Pandemie geht auch an uns nicht spurlos vorüber. Da wir jedoch ohnehin meist an unterschiedlichen Arbeitsplätzen sitzen und online zusammenarbeiten, hoffen wir Ihnen auch in den kommenden Monaten bis zur regulären Sommerpause wie gewohnt Magazinausgaben präsentieren zu können.

Mit diesem Magazin präsentieren wir Beiträge rund um die Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“, die von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und der Berliner Landeszentrale für politische Bildung gefördert wurde. Durchgeführt wurde die Reihe gemeinsam mit *Birgit Marzinka*, Leiterin des Lernorts Keibelstraße, und in Kooperation mit der Robert Havemann Gesellschaft.

Die inhaltliche Einführung in das Magazin und damit in die Veranstaltungsreihe wurde von unserer Kollegin *Ulrike Rothe* verfasst. Sie hat die Veranstaltungsreihe maßgeblich konzipiert.

Jessica Bock vollzieht die Entwicklung der unabhängigen Frauenbewegung in der DDR seit den frühen 1980er Jahre nach.

Filiz Gisa Çakır schreibt über die Geschichte des Archivs GrauZone, das aus der DDR-Frauenbewegung heraus entstanden ist.

Almut Ilsen, selbst ehemalige Aktivistin, erzählt die Geschichte der Ostberliner „Frauen für den Frieden“ – eine der wenigen

Gruppen, die unabhängig von der Kirche war und seit 1982 bestand.

Lucas Frings hat das Podiumsgespräch „Geschlechtsspezifische Aufarbeitung der DDR“, das im Rahmen der Veranstaltungsreihe stattfand, für das LaG-Magazin zusammengefasst.

Wir bedanken uns bei den externen Autorinnen herzlich für ihre Texte.

Das nächste LaG-Magazin erscheint am 29. April. Es befasst sich mit der Kolonialismusaufarbeitung in Berlin.

Wir wünschen Ihnen allen, dass Sie möglichst gesund über die kommenden Monate kommen.

Ihre LaG-Redaktion

Die Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“

Von Ulrike Rothe

Über die Frau in der DDR ist nach dem Mauerfall vor allem in den 1990er Jahren geforscht, diskutiert und geschrieben worden. In den letzten Jahren (mit dem Höhepunkt im Jubiläumsjahr 2019) ist diese Diskussion wiederaufgelebt – auf einige interessante, eher kritische Aufarbeitungen dieses Themas folgten emphatisch positive Bewertungen des Lebens von Frauen in der DDR. Die Perspektive hierbei ist allerdings eine gegenwartsbezogene. Fokussiert wird die aktuelle Erscheinung der selbstbewussten, erfolgreichen ostdeutschen Frauen auf Spitzenpositionen in der Politik und in anderen Branchen. Diese Frauen sind oft zugleich auch Mütter von Kindern, sie können berufliche und häusliche Arbeitsbereiche scheinbar miteinander vereinbaren. Erklärt wird das mit der gelungenen Sozialisierung der Frauen in der DDR, mit der Gleichberechtigung, die vor 1989 dort schon erreicht worden sei.

Mit der Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“ werden die Frauen in den Blick genommen, die dem sozialistischen Ideal von der in Vollzeit erwerbstätigen Mutter nicht entsprachen, die das traditionelle weibliche Rollenbild sowie überhaupt die herkömmliche Geschlechterordnung - etwa durch ihre politischen oder künstlerischen

Interaktionen oder durch ihre nichtkonformen Lebensentwürfe - in Frage stellten. Vielfach zogen diese Abweichungen soziale Ausgrenzung, staatliche Repression und Verfolgung nach sich. Bezugspunkt war hierbei die Geschichte der Untersuchungsanstalt II des Ministeriums des Inneren in Ostberlin, Keibelstraße - hier waren auch Frauen inhaftiert. Am Lernort Keibelstraße, der von der Agentur für Bildung betrieben wird, bot es sich an, die Geschichte von Frauen zu erzählen, die in Haft gerieten und kriminalisiert wurden. Mit Blick auf die Jubiläumsfeiern zu 30 Jahre Mauerfall im Herbst 2019 waren wir uns jedoch auch einig, dass in der bisherigen Aufarbeitung der Protest- und Bürgerrechtsbewegungen zwar einzelne Protagonistinnen eine wichtige Rolle spielen, aber die Rolle und die Bedeutung von Frauen, Frauengruppen, ja sogar der Frauenbewegung als Teil der nichtstaatlichen Opposition zu wenig bekannt sind. Dementsprechend luden wir zu mehreren Veranstaltungen Zeitzeuginnen ein, die sich in dieser Frauenbewegung engagiert haben, aber auch Expertinnen, die diese Geschichte(n) dokumentiert und erforscht haben. Mit Blick auf soziale Marginalisierungen ging es in einer weiteren Veranstaltung um Frauen und Mädchen, die als „kriminell gefährdet“ eingestuft wurden – etwa weil sie aus schwierigen familiären Verhältnissen kamen, sich „herumtrieben“, weil sie keiner geregelten Arbeit nachgingen oder der weiblichen Verhaltensnorm sexueller Passivität nicht entsprachen. Der Verhaftung und Verurteilung nach § 249 wegen

sogenannten asozialen Verhaltens konnten Pathologisierungen z.B. durch die Einweisung in die geschlossenen venerologischen Abteilungen größerer Krankenhäuser vorausgehen. Davon erzählte die Zeitzeugin Martina Blankenfeld. Ihre Erlebnisse, die sie als Minderjährige im Städtischen Klinikum Buch machen musste, dürfen als frauenspezifische Erfahrung von sexualisierter Gewalt unter haftähnlichen Bedingungen charakterisiert werden.

Unangepasste, „nicht passende“ Frauen am Rand der DDR-Gesellschaft sind aus unterschiedlichen Gründen heraus kriminalisiert worden, die es aufzufächern gilt. In einem weiteren Schritt geht es darum, die Repressionen, denen diese Frauengruppen ausgesetzt waren, zu beleuchten und damit einen Beitrag zu leisten, DDR-Geschichte auch geschlechtsspezifisch zu schreiben.

Die Reihe wird im laufenden Jahr mit weiteren vier Veranstaltungen fortgesetzt und dokumentiert.

Über die Autorin:

Ulrike Rothe ist wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin der Agentur für Bildung e.V. Sie ist Historikerin und Soziologin mit Schwerpunkt auf Oral History und Frauen- und Geschlechtergeschichte.

Die nichtstaatliche Frauenbewegung in der DDR

Von Jessica Bock

Sie kämpften für Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung: Seit den 1980er Jahren organisierten sich staatlich unabhängige Frauen- und Lesbengruppen in der DDR – beobachtet und verfolgt vom Staat. Noch immer ist über ihre Akteurinnen und Inhalte zu wenig bekannt.

Als Samirah Kenawi mit Freundinnen aus dem Frauenzentrum Fennpfuhl 1988 begann, Materialien zu Frauengruppen der DDR zu sammeln, war nicht absehbar, welchen wichtigen Beitrag sie für die deutschsprachige Frauenbewegung und ihre Geschichtsschreibung leisten würde. Auch wenn nichtstaatliche Frauen- und Lesbengruppen aus Vorsicht ihre Aktivitäten kaum festhielten, wuchs und wuchs der Bestand. Bis weit in die 1990er Jahre hinein reiste Kenawi durch Ostdeutschland und überzeugte die Frauen, ihre Unterlagen an das Archiv GrauZone zu übergeben. Der Bestand enthält Dokumente von über 100 informellen Frauengruppen, darunter Protokolle, Fotos, Einladungen, Briefe, Tagebücher, Plakate, Zeitschriften, Unterlagen des Unabhängigen Frauenverbandes sowie Film- und Tonmitschnitte. Etwa sieben Jahre nach der Gründung der GrauZone veröffentlichte Kenawi die Dokumentation *Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre* (s. ausführlich dazu den Artikel „Die ostdeutsche Frauenbewegung in der GrauZone“ von Filiz Gisa Çakır in dieser Magazinausgabe).

Obgleich die Veröffentlichung fast ein Vierteljahrhundert zurückliegt und mittlerweile auch zum Thema geforscht wird, stellt sie weiterhin ein wichtiges Grundlagenwerk zur jüngsten Frauenbewegungsgeschichte der DDR und Ostdeutschlands dar. Wer waren also die Frauen, die sich organisierten, und was ihre Motive?

Anfänge

Die Anfänge der nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR liegen nach derzeitigem Forschungsstand in den frühen 1980er Jahren. Ab diesem Zeitpunkt sind informelle Zusammenschlüsse von Frauen und Lesben nachweisbar. Informell bedeutet, dass Frauen und Lesben sich unabhängig von staatlichen Strukturen und Organisationen sowie Parteien organisiert haben. Diese Form der staatlich nicht kontrollierten Organisation war in der DDR nicht vorgesehen bzw. erwünscht. Daher suchte eine Vielzahl der Gruppen die räumliche Anbindung an die evangelische Kirche. Zugleich nutzten sie deren Strukturen für ihre Vernetzung und Kommunikation. Die informellen Frauen-/Lesbengruppen fungierten als wichtige Sozialisationsräume. Hier konnten sie jenseits männlicher Dominanz, staatlichen Zugriffs und im relativen Schutz einer vertrauten Umgebung lernen, eigene Probleme ernst zu nehmen, das Wort zu ergreifen und weibliche Solidarität zu leben.

Strömungen

Samirah Kenawi unterscheidet innerhalb der nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR drei größere Strömungen. Sie lassen

sich allerdings nicht voneinander trennen und weisen thematisch wie personell Überschneidungen auf.

Die erste Strömung umfasst die Gruppen der Frauen für den Frieden. Sie waren Teil einer blockübergreifenden Friedensbewegung, als Reaktion auf das Wettrüsten (NATO-Doppelbeschluss, 1979) und den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan am 25. Dezember 1979. Zugleich hatte die Gründung der Frauenfriedensbewegung in der DDR systemimmanente Ursachen: Ausschlaggebend war das am 25. März 1982 in der Volkskammer verabschiedete Wehrdienstgesetz, das im Verteidigungsfall die Wehrpflicht von Frauen zwischen 18 und 50 Jahren vorsah. Daraufhin fand sich eine Gruppe von Frauen zusammen, die gemeinsam eine Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker verfasste. In den folgenden Jahren entstanden weitere Frauenfriedensgruppen in der DDR wie in Halle (Saale), Leipzig, Dresden, Magdeburg, Erfurt, Schwerin und Weimar.

Die zweite Strömung betrifft die kirchlichen Frauengruppen und die feministische Theologie. Im Vergleich zu den Frauen für den Frieden gehört sie zu den am wenigsten erforschten Gruppen der nichtstaatlichen Frauenbewegung. Kirchliche Frauengruppen und feministisch-theologische Arbeitskreise gehen zurück auf die traditionelle Frauenarbeit der Kirche. Zum anderen entwickelten sie sich aus der ökumenischen Diskussion über die Stellung der Frauen in der Kirche und Gesellschaft sowie aus privaten Arbeitsgruppen, die sich mit feministischer Theorie und Theologie beschäftigten.

Bereits 1981 entstand die AG Feministische Theologie. Sechs Jahre später initiierte die Theologin Angelika Engelmann den Arbeitskreis feministische Theologie, der zur wichtigsten Einrichtung der innerkirchlichen Frauenbewegung der DDR wurde (zu den Frauen für den Frieden s.a. den Beitrag von Almut Ilse „Jung, weiblich, feindlich-negativ – die ‚Frauen für den Frieden‘ in Ost-Berlin“ in dieser Magazinausgabe).

Die dritte Strömung der nichtstaatlichen Frauenbewegung in der DDR bilden Lesben und Lesbengruppen inner- und außerhalb der Arbeitskreise Homosexualität. Ausschlaggebend für die Entstehung einer Homosexuellenbewegung war die Tagung *Theologische Aspekte der Homosexualität* am 9. Februar 1982 in Ost-Berlin. Daraufhin gründeten sich in vielen Städten sogenannte Arbeitskreise Homosexualität, in denen auch Lesben aktiv waren, aber auch separate Lesbengruppen. Da Homosexualität in der DDR tabuisiert wurde, boten die Lesbengruppen einen wichtigen Schutzraum. Hier konnten Frauen Selbstvertrauen erlernen und sich mit ihrer sexuellen Orientierung vorurteilsfrei auseinandersetzen.

Netzwerke

Mitte der 1980er Jahre setzte eine zunehmende Vernetzung von Frauen- und Lesbengruppen in der DDR ein. Die Grundlage für lokale und DDR-weite Netzwerke bildeten Bekanntschaften und Freundinnen-schaften. Über diese auf Vertrauen basierenden Verbindungen wurden Namen und Adressen weitergegeben und Kontakte hergestellt. Eine wichtige Vernetzungsmög-

lichkeit boten die regelmäßig veranstalteten Frauengruppentreffen. 1984 organisierte die Hallenser Gruppe Frauen für den Frieden das erste Frauentreffen. Von da an fanden diese jährlich in einer anderen Stadt statt: 1985 in Ost-Berlin, 1986 in Leipzig, 1987 in Magdeburg, 1988 in Karl-Marx-Stadt und 1989 in Jena. An diesen Treffen nahmen Frauenfriedensgruppen und Akteurinnen aus anderen informellen Frauenzusammenschlüssen teil. Zugleich bildeten sich lokale Festivitäten heraus. Die Lesben des Kirchlichen Arbeitskreises Homosexualität Dresden veranstalteten seit 1985 jährlich das Dresdner Frauenfest für Lesben. Ebenfalls seit 1985 lud die Gruppe Fraunteestube Weimar zum alljährlichen Thüringer Frauentreffen nach Weimar ein. Zusätzlich fanden in Hirschluch und Wilkau-Haßlau regelmäßig Rüstzeiten für Frauen statt. Ferner beteiligten sich Frauen- und Lesbengruppen an den Berliner Friedenswerkstätten, an den dezentralen Veranstaltungen der Friedensdekade und an Kirchentagen. All diese Zusammenkünfte trugen nicht nur dazu bei, überregionale Kommunikationsräume zu schaffen, neue Kontakte zu knüpfen und bestehende Netze weiter zu verfestigen. Sie boten zugleich die Möglichkeit, neue Frauen für die informelle Gruppenarbeit zu gewinnen. Die auf den Treffen diskutierten Themen reichten von Erziehung über weibliche Berufstätigkeit, stereotype Geschlechterrollen in Schulbüchern, Gewalt gegen Frauen bis hin zu weiblicher Sexualität und Macht. Die Einladungen zu den Treffen wurden über Mundpropaganda, selbstgestaltete

Karten und Briefe auf Grundlage eigener Adressbücher DDR-weit verschickt und in informellen Frauen-/Lesbenzeitschriften angekündigt.

Gegenöffentlichkeit

Möglichkeiten, auf eigene Aktivitäten aufmerksam zu machen und sich auszutauschen, waren in der von der SED-gesteuerten Öffentlichkeit sehr beschränkt. Vor diesem Hintergrund schufen informelle Frauengruppen gegen Ende der 1980er Jahre eigene Publikationsorgane. Für deren Produktion waren die Frauen auf die Ressourcen der evangelischen Kirche angewiesen. Eine Publikation ohne die staatliche Genehmigungspflicht für Druckerzeugnisse in der DDR war nur mit dem Vermerk „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ möglich. Zwischen 1987 und 1989 erschienen insgesamt sechs Ausgaben der Zeitschrift *Lila Band*. Von Beginn an war diese als Textsammlung konzipiert. Sie vereinte verschiedene Textsorten wie Berichte und Gedichte und hatte ein breites inhaltliches Spektrum von Frauensprache bis zu Homosexualität und Frauenbildern in Kirche und Bibel.

Ein weiteres wichtiges Medium war die Lesbenzeitschrift *frau anders*. Initiiert wurde diese von der Lesbengruppe Jena, die zugleich die Redaktion übernahm. Eine dritte wichtige informelle Frauenbewegungszeitschrift bildete der kirchliche Rundbrief *Das Netz*. Dieser wurde zwischen 1988 und 1993 vom Arbeitskreis feministische Theologie herausgegeben und zeitweise an 150 Interessierte verschickt. Wie das *Lila Band*

und *frau anders* wurde auch *Das Netz* auf Wachsmatrizen im DIN-A5-Format erstellt.

Überwachung und Repression

Ein Aspekt, der die nichtstaatliche Frauenbewegung der DDR in ihrer Entwicklung wesentlich bestimmte, war die drohende und tatsächliche Überwachung und Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Zu den bekanntesten Repressionen gegen informelle Frauen-/Lesbengruppen und einzelne Frauen gehört der am 12. Juni 1985 eröffnete Zentrale Operative Vorgang „Wespen“ gegen die Gruppe Frauen für den Frieden. Ziel war es, alle Frauenfriedensgruppen in der DDR zu „bearbeiten“ und zu „zersetzen“. Die Stasi infiltrierte die Frauen für den Frieden mit Inoffiziellen Mitarbeiterinnen (IM), die Informationen über die dort aktiven Frauen sammeln und durch verdeckte, gezielte Störmaßnahmen die Gruppenarbeit beeinträchtigen sollten. Zu den weiteren Überwachungs- und Einschüchterungsmaßnahmen zählten das Abhören und Durchsuchen von Wohnungen, die Postkontrolle, das Vorladen in die MfS-Dienststellen, das Streuen von Gerüchten über mögliche IMs in der Gruppe und Verhaftungen. Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer ist noch immer zu wenig über Frauen bekannt, die sich einzeln oder in Gruppen mit hohem persönlichem Risiko für Gleichberechtigung und Vielfalt innerhalb der DDR einsetzten. Hier eröffnet sich weiterhin ein wichtiges Forschungsfeld: Denn auch für aktuelle Auseinandersetzungen um eine freie und gerechte Gesellschaft lohnt der Blick in die frauenbewegte Geschichte.

Über die Autorin:

Jessica Bock (M.A.), promovierte Historikerin, arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Digitalen Deutschen Frauenarchiv.

Die ostdeutsche Frauenbewegung in der GrauZone

Von Filiz Gisa Çakır

Wenn wir heute über die deutsche Frauenbewegung sprechen möchten, müssen auch all jene Frauengruppen miteinbezogen werden, die in der DDR existierten und für ihre Rechte kämpften. Das Wissen, welches im Archiv GrauZone liegt, kann hierbei helfen.

Bereits 1988 hatte eine kleine Gruppe engagierter Frauen begonnen, diesen Teil der deutschen Geschichte für nachfolgende Generationen aufzubewahren. Sie sammelten die inoffiziellen Schriften der DDR-Frauengruppen und begannen so eines der wenigen Archive zur nichtstaatlichen Frauenbewegung der DDR aufzubauen.

Die Rolle des Staates, die Rolle der Kirche

Nichtstaatliche Frauenbewegung meint in diesem Zusammenhang eigenverantwortliche Initiativen außerhalb der staatlichen Kontrolle.

Mit der verfassungsrechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau in der DDR 1949, dem Recht auf Arbeit und der Vergesellschaftung der Kinderbetreuung waren die formalen sozial-ökonomischen Ursachen der Frauendiskriminierung vermeintlich beseitigt worden. Doch eine unzureichende gesellschaftliche Diskussion über soziale Werte und Rollenverteilungen ließ eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit wachsen. Diese Diskrepanz wurde zum

privaten Problem erklärt, und auch oftmals so empfunden. Dort, wo Frauen in Gruppen zusammenkamen, wurde jedoch schnell deutlich, dass die Doppelbelastung der Frau keineswegs ein Problem der Einzelnen war. So entstanden ab den 1980er Jahren Hauskreise, Frauenkreise in der Kirche und Arbeitskreise für Homosexuelle.

Im Rahmen des feministischen Diskurses fanden viele der Frauengruppen ihren Platz unter dem Dach der evangelischen Kirche. Gottesdienste, Andachten, Mahnwachen blieben von Staat und Partei weitestgehend unbehelligt und konnten als Raum für Protest oder zur Informationsvermittlung dienen. Innerhalb der sich formierenden Frauengruppen lassen sich drei wesentliche Strömungen erkennen: 1. „Die Frauen für den Frieden“ als Frauengruppen der Bürgerrechtsbewegung sowie die nichtkirchlichen Frauengruppen in und außerhalb der Kirche, 2. die kirchlichen Frauengruppen und 3. die Lesbengruppen innerhalb und außerhalb der Arbeitskreise Homosexualität. Die Themen der Frauengruppen waren unterschiedlich. So setzten sich die „Frauen für den Frieden“ u.a. mit der Wehrpflicht, Erziehungsfragen und dem Bau von Atomkraftwerken auseinander. Den Lesbengruppen ging es meist um Anerkennung ihrer Lebensweise oder den Austausch untereinander. Das Themenspektrum der unter dem Dach der Kirche organisierten Frauengruppen reichte von traditionell bis feministisch, von alltäglichen bis theologischen Fragen. Die Methoden der Frauengruppen ähnelten sich jedoch. Sie trafen sich regelmäßig

zu Gesprächskreisen, Themenabenden oder Wochenendseminaren. Sie fertigten Plakate, Handzettel, Rundbriefe, Einladungen und interne Zeitungen an. Weniges davon drang in die Öffentlichkeit, fast alles blieb innerhalb der Gruppen.

Netzwerke

Da sich im Laufe der 1980er Jahre über 100 verschiedene Frauengruppen mit mehr oder weniger ähnlichen Motiven in der DDR gründeten, ein lockeres Netzwerk zur Kommunikation und Koordinierung von Aktivitäten bestand und DDR-weite Treffen stattfanden, mag es gerechtfertigt sein, von einer Bewegung zu sprechen. Das Verhältnis zum Staat war schwierig: Er war gefürchteter Gegner und zum Dialog aufgeforderter Gesprächspartner zugleich. Die vielen Vorschriften und Verbote im überwachten Alltag der DDR bedeuteten für die Praxis z.B. Einzeleingaben zu verfassen, statt Unterschriftensammlungen einzureichen oder die Kirche als Dachorganisation zu nutzen, statt eine eigene Vereinigung zu gründen. Zum Austausch untereinander wurden Veranstaltungen wie Feste, Gebete, Mahnwachen oder auch die Kirchentage genutzt. Neben regionalen Netzwerken entstanden DDR-weite.

Als Ende 1989 der Wunsch nach einem bundesweiten, alle Frauen vertretenden Netzwerk lauter wurde, konkretisierte sich die Idee des Unabhängigen Frauenverbandes. Dieser wollte ein öffentliches Bewusstsein für frauenpolitische Themen schaffen und eine paritätische Beteiligung der Frauen an sämtlichen politischen und ökonomischen

Entscheidungen etablieren und erfuhr in der Umbruchszeit starken Zulauf. In seinem Schriftgutbestand lässt sich nicht nur sein eigener Transformationsprozess nachvollziehen, sondern auch derjenige der Frauenbewegung der DDR. Die Vernetzung der Frauen und Frauengruppen untereinander in der DDR zeigt sich auch in den Unterlagen zu den unterschiedlichen Frauentreffen im Archiv GrauZone. So sind zahlreiche Protokolle, Berichte, Einladungen, Programme und handschriftliche Aufzeichnungen zu den Frauengruppentreffen in Leipzig, Magdeburg, Karl-Marx-Stadt und Weimar überliefert. Des Weiteren existieren Materialien zu verschiedenen Frauenseminaren, zu Lesbenwerkstätten und zu weiteren Arbeitskreisen.

Das Archiv

Das Archiv GrauZone blickt auf eine wechselvolle Geschichte zurück, welche es zu dem werden ließ, was es heute ist. Die Sammlung wurde 1988 von der Gruppe Frauenzentrum Fennpfuhl begonnen. 1987 gegründet, löste sie sich im Kontext der politischen Ereignisse im Winter 1989/1990 schließlich 1990 auf. Der Wunsch, die Bewegung zu dokumentieren und die inoffiziellen Schriften der DDR-Frauenbewegung der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, blieb. Eine Bewegung, die über Jahrzehnte nicht sichtbar war, sollte endlich sichtbar werden. Neben dem Sammeln und Archivieren, um die wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Arbeit der Frauen der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, wollte das Projekt „Graue Literatur. Archiv der Frauenbewegung in der DDR“

Und heute?

auch eine Begegnungsstätte sein. Für Wissenschaftlerinnen, die sich Frauenthemen widmen und als Anlaufpunkt für Begegnungen von Frauen aus der ostdeutschen Frauenbewegung.

Nach einem Jahr intensiver Arbeit an den Beständen der GrauZone entschlossen sich die drei Projektmitarbeiterinnen Samirah Kenawi, Barbara Pietsch und Helga Uhlentut eine Namensänderung vorzunehmen. Barbara Pietsch, Diplom-Dokumentarin und seit 1992 in der GrauZone tätig, schrieb dazu: „Es gab verschiedene Möglichkeiten, die Dokumente formal und inhaltlich aufzubereiten. Wir entschieden uns für die dokumentarische Methode. [...] Nach eingehender Beschäftigung mit der Spezifik Frauenarchiv/-bibliothek erkannten wir, dass sich solche Einrichtungen eigene Ordnungsprinzipien aufgebaut haben. Für unseren spezifischen Bestand gab es keine vergleichbaren Ordnungsprinzipien, so dass wir uns gezwungen sahen, eigene Methoden zu entwickeln.“ (Pietsch, Barbara: Begründung für den Namenwechsel des Archivs „Graue Literatur“ [1994], unerschlossener Bestand Geschäftsunterlagen GrauZone im Archiv der DDR-Opposition).

Der Begriff „Graue Literatur“ sollte ebenfalls geändert werden, da die Bestände des Archivs wesentlich mehr umfassten. So wurde aus dem Archiv „Graue Literatur“ die „GrauZone – Dokumentationsstelle zur nichtstaatlichen Frauenbewegung“. Ab 2000 nannte sich die GrauZone schließlich „GrauZone – Archiv der ostdeutschen Frauenbewegung“.

Nachdem das Archiv GrauZone die Räume der Robert-Havemann-Gesellschaft bereits seit 1997 genutzt hatte, übergab Samirah Kenawi das gesamte Archiv GrauZone 2003 der Robert-Havemann-Gesellschaft. Die Sammlung des Archivs umfasst heute ca. 28 laufende Meter Schriftgut und enthält Informationen und Geschichten von Frauengruppen, die so in keinem anderen Archiv zu finden sind. Der Bestand des Archivs GrauZone teilt sich in Frauenbewegung der DDR, Unabhängiger Frauenverband (UFV), Samisdat (aus dem Russischen: Selbstverlag, oppositionelle Literatur u.a. in der DDR), wissenschaftliche Arbeiten und Zeitschriftensammlung. Des Weiteren liegen Foto-, Audio- und Videomaterial, Transparente, Plakate und einige Objekte bei.

Unter den Punkt Frauenbewegung der DDR befinden sich die persönlichen Sammlungen sowie die Gruppenbestände. Wichtige Akteurinnen wie Karin Dauenheimer, Samirah Kenawi oder Marinka Körzendörfer sind in den persönlichen Archivbeständen durch ihre Korrespondenzen und Selbstzeugnisse abgebildet. Aber auch die Unterlagen der Gruppen, in der die jeweiligen Frauen aktiv waren, sind enthalten. So umfassen z.B. die Bestände von Christiane Dietrich und Petra Streit Materialien der Aktivitäten in der Teestube Weimar. Die Frauen der Teestube Weimar setzten sich verstärkt mit dem Thema Gewalt gegen Frauen auseinander. Sie hielten DDR-weit Vorträge, schrieben Essays und führten eine anonyme Umfrage unter Frauen zum Thema Gewalterfahrung

von Frauen in der DDR durch. Teile der Fragebögen sowie die Auswertung dieser Umfrage befinden sich in ihren Beständen.

Neben den Personenbeständen existieren zu insgesamt 13 Frauengruppen Unterlagen. Es handelt sich dabei um den Arbeitskreis Homosexualität Leipzig, Autonome Brennessel, frau anders, Frauen für den Frieden, Frauenzentrum Fennpfehl, Berlin, Frauenzentrum Weimar, hex libris, Künstlerinnengruppe Erfurt, lila offensive und GrauZone. Die persönlichen Sammlungen enthalten Unterlagen von 90 Frauen und einem Mann, Rudi Pahnke. Hier sind verschiedene Materialien von Gruppen aus der Frauenbewegung in der DDR zu finden, u. a. der Frauen für den Frieden Eisenach, des Feministischen Arbeitskreises und der Gruppe Alleinstehender Frauen Dresden. Auch Materialien der verschiedenen Fraueninitiativen, die sich v. a. 1989/1990 bildeten, sind hier archiviert, wie z. B. der Fraueninitiative Magdeburg e.V., des Berliner Autonomen Frauenzentrums und der Frauen für Veränderung Erfurt. Neben den Unterlagen von Gruppen, Initiativen und zu verschiedenen Frauengruppentreffen befinden sich auch zahlreiche persönliche Unterlagen der Frauen wie Eingaben, Briefwechsel und handschriftliche Aufzeichnungen in diesen Sammlungen. Sie geben Aufschluss über das Alltagsleben in der DDR und zeigen auf, mit welchen Themen sich die Frauen beschäftigt haben.

Der Samisdat und die Zeitschriftensammlungen enthalten u.a. „Das Netz“, „lila band“, „frau anders“ sowie „Die Andere Welt“ und

„Die Monatliche. Frauen-Abhängige Zeitung für Thüringen“. Der Bestand des Unabhängigen Frauenverbandes bildet den größten Teil der Überlieferung im Archiv GrauZone. Das Material des Unabhängigen Frauenverbandes dokumentiert dessen Arbeit von seiner Gründung im Dezember 1989 bis zu seiner Auflösung 1998. Es enthält neben den Akten aus dem Bundesbüro, Mitschriften von Zusammenkünften, Briefwechsel, Redemanuskripte und Themensammlungen. Zudem finden sich in dem Bestand Unterlagen zur frauenpolitischen Arbeit am Zentralen Runden Tisch und am Frauenpolitischen Runden Tisch der DDR, sowie zum Wahlbündnis des UFV mit der Grünen Partei anlässlich der Volkskammerwahl im März 1990. Der Teilbestand UFV des Archivs GrauZone wird aktuell im Rahmen eines durch das Digitale Deutsche Frauenarchiv geförderten Projektes überarbeitet. Somit wird das Schriftgut des Archivs GrauZone bis zum Jahresende nahezu komplett überarbeitet und zugänglich sein und uns Perspektiven, Positionen und Diskussionen, die die Frauenbewegung, aber auch die einzelne Frau der DDR und darüber hinaus beschäftigten, aufzeigen.

Die Themen der Frauen von damals sind in vielen Punkten noch immer aktuell. Auf dem langen Weg zu einer wirklichen Gleichberechtigung aller Geschlechter benötigen wir ein vollständiges Bild der Vergangenheit. Dazu gehört es auch, die ostdeutsche Frauenbewegung wahr und ernst zu nehmen und aus ihrer Grauzone zu holen.

Literatur

Archiv GrauZone: Bestandsverzeichnis der Sammlung zur ostdeutschen Frauenbewegung, Berlin, 2001

Garcia Hernandez, Rebecca: Archiv GrauZone – Archivfachliche Überarbeitung für die Öffentlichkeit, Hochschulschrift, Potsdam, 2017

Hampele-Ulrich, Anne: Der Unabhängige Frauenverband. Ein frauenpolitisches Experiment im deutschen Einigungsprozess, Promotion, Berlin 1996

Kenawi, Samirah: Beschreibung des Projektes „Grau Literatur – Archiv der Frauenbewegung der DDR, 21.1.1992, unerschlossener Bestand Geschäftsunterlagen GrauZone im Archiv der DDR-Opposition/ Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

Kenawi, Samirah: Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre. Eine Dokumentation, Berlin, 1995

Adresse und Kontakt

Robert-Havemann-Gesellschaft e.V.

Archiv der DDR-Opposition

Ruschestraße 103, Haus 17

10365 Berlin

Email: Christoph Ochs

co@havemann-gesellschaft.de

+49 30 5779980 23

Öffnungszeiten

Montag, Donnerstag, Freitag 9 bis 16 Uhr;

Mittwoch 9 bis 20 Uhr

Zur Nutzung des Archivs wird um eine Voranmeldung gebeten.

Über die Autorin:

Filiz Gisa Çakır, M.A. hat Romanische Philologie und Europäische Kulturgeschichte in Bochum und Frankfurt/Oder studiert. Seit 2019 ist sie im Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. beschäftigt. Aktuell arbeitet sie im Rahmen eines vom Digitalen Deutschen Frauenarchiv geförderten Projektes Teile des Archivs GrauZone archivfachlich auf.

Jung, weiblich, feindlich-negativ – die „Frauen für den Frieden“ in Ost-Berlin

Von Almut Ilsen

Anlass für die Gründung der Ostberliner „Frauen für den Frieden“ war die Verabschiedung eines neuen Wehrdienstgesetzes im März 1982, das die Einbeziehung von Frauen in die Armee vorsah. Die Gruppe gründete sich Ende 1982 und bestand bis 1988. Sie war eine der am längsten bestehenden Oppositionsgruppen und eine der wenigen kirchenunabhängigen Gruppen. Da es um Frauen in der Armee ging, beschlossen die Gründungsfrauen bereits im Herbst 1982 als reine Frauengruppe zu agieren. Auch später, als sich die Gruppe anderen Themen zuwandte, änderte sich daran nichts. Die Frauen hatten die solidarische, warmherzige und sachbezogene Zusammenarbeit in der Gruppe kennen- und schätzen gelernt.

Wie war die Lebenssituation von Frauen zu Beginn der 1980er Jahre in der DDR? Über 89% (Kaminsky 2020: 99) gingen arbeiten und viele hatten Kinder. 1982 lag ihr Beschäftigungsanteil bei 49,6% (Stat. Jahrbuch 1984. 16), war also fast identisch mit dem der Männer. Mit 59,3 % (Ebda.: 123) hatten auffallend viele Frauen einen Fachschulabschluss, und 36,2 % (Ebda.) hatten erfolgreich ein Hochschulstudium absolviert. Die Frauen empfanden es als „normal“, ihr eigenes Geld zu verdienen oder unkompliziert über eine Schwangerschaftsunterbrechung zu entscheiden. Da sie finanziell unabhängig

waren, stand es ihnen frei, eine nicht mehr funktionierende Partnerschaft zu beenden.

Wie war die politische Situation in dieser Zeit? Der kalte Krieg zwischen den damaligen Weltmächten USA und Sowjetunion und ihren Militärbündnissen NATO und Warschauer Pakt trat Ende 1979 mit dem NATO-Doppelbeschluss in eine neue Phase ein. Die Rüstungsspirale drehte sich weiter. Es war geplant, im Herbst 1983 die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen beidseits der deutsch-deutschen Grenze in den Parlamenten zu beschließen. Die DDR war Stationierungsgebiet, sah sich jedoch selbst als der Staat mit der überlegenen Gesellschaftsordnung und damit als Friedensstaat an. Sie unterstützte die in den westlichen Staaten entstandene starke Friedensbewegung. Doch nach innen wurde die Gesellschaft immer stärker militarisiert. In den staatlichen Kindergärten wurde mit Spielzeugpanzern gespielt, Schulklassen besuchten Kasernen der Nationalen Volksarmee. 1978 wurde für die 9. und 10. Klassen der Wehrkundeunterricht als Pflichtfach eingeführt, Studenten mussten ins Militärlager, Studentinnen ins Zivilverteidigungslager.

Im März 1982 wurde ein neues Wehrdienstgesetz verabschiedet. Es sah vor, dass Frauen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren im Verteidigungs- und Mobilisierungsfall zur Nationalen Volksarmee eingezogen werden konnten. Das empfanden einige Frauen als unerträglich. Sie kannten sich größtenteils schon längere Zeit und waren in DDR-kritischen Freundeskreisen, in der unabhängigen

Friedensbewegung, die sich unter dem Dach der evangelischen Kirche gebildet hatte bzw. in der Kunstszene verortete. Sie wollten keine Waffe in die Hand nehmen müssen, sie verstanden sich als Pazifistinnen. Sie hatten Angst um ihre Kinder, auf die die Raketen gerichtet sein würden. Dann erfuhren sie, dass Mecklenburger Krankenschwestern bereits auf die Wehrkreiskommandos zur Musterung bestellt wurden. Einige schrieben Briefe an die Partei- und Staatsführung, um gegen das neue Wehrdienstgesetz zu protestieren. Dieser als „Eingabe“ bezeichnete Protest war eine der wenigen Möglichkeiten, bestehende Zustände zu kritisieren.

Als die Frauen keine oder unbefriedigende Antworten erhielten, beschlossen sie, eine gemeinsame Eingabe zu schreiben und Unterschriften zu sammeln. So geschah es – die Malerin Bärbel Bohley, die Keramikerin Irena Kukutz, die Heimerzieherin Katja Havemann, die Tierärztin Karin Teichert, die Lehrerin Bettina Rathenow, die Chemikerin Almut Ilsen und die Museumsassistentin Ulrike Poppe formulierten im Herbst 1982 eine Eingabe gegen das Wehrdienstgesetz. Circa 130 Frauen aus Berlin und Halle (Saale) brachten den Mut auf, zu unterschreiben. Den Frauen war klar, dass sie spätestens jetzt im Fokus der Staatssicherheit stehen würden. Vier Wochen später stand die Stasi vor ihren Türen. Sie versuchte, die Frauen einzuschüchtern und zur Rücknahme ihrer Unterschrift zu bewegen – ohne Erfolg!

Im Dezember 1982 beschlossen ca. 35 Ostberliner Frauen, als „Frauen für den Frieden“ weiter zusammen zu agieren. Der

Handlungsdruck war zu groß, um es bei einer Eingabe bewenden zu lassen. Sie gaben sich den gleichen Namen wie ihre westeuropäischen Mitstreiterinnen - sie sahen sich als Bestandteil der systemübergreifenden Frauenfriedensbewegung. Bereits im Herbst 1982 begannen westdeutsche und westeuropäische Friedensfrauen Kontakt zu den Ost-Berliner „Frauen für den Frieden“ aufzunehmen. Das waren die Westberliner „Frauen für den Frieden“, Frauen des END (European Nuclear Disarmament) aus Großbritannien sowie Friedensfrauen aus Italien und Holland. Später bestanden auch Kontakte zu einigen Mitgliedern der „Grünen“ wie Petra Kelly, Gert Bastian und Lukas Beckmann.

Bereits kurz nach ihrer Gründung wurden die „Frauen für den Frieden“ zu einem festen Bestandteil der unabhängigen Friedensbewegung der DDR. Bald schlossen sich auch Frauen in anderen Städten der DDR zusammen. Die Frauengruppen hielten bis zum Ende der DDR Kontakt miteinander. Von 1984 bis 1989 fanden jährliche Treffen der Frauenfriedensgruppen statt.

In den Jahren ihres Bestehens wandten sich die „Frauen für den Frieden“ nicht nur gegen Wettrüsten und die zunehmende Militarisierung insbesondere im Hinblick auf Kinder und Jugendliche. Ihnen ging es auch um den Abbau von Feindbildern und um Friedenserziehung. Bei Veranstaltungen in der Auferstehungskirche in Berlin-Friedrichshain kamen Hunderte. Christa Sengespeick, die Pastorin der Auferstehungsgemeinde, hatte den Frauen ihre Kirche geöffnet. Bei

den Politischen Nachtgebeten – einer offenen Gottesdienstform – konnte jede ans Mikrofon treten, Repressionen benennen und auf Missstände hinweisen. Bei den Treffen der Frauenfriedensgruppen ermutigten sich die Frauen, Eingaben zu schreiben, bei öffentlichen Veranstaltungen ihre Meinungen zu äußern, sich einzumischen, um an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu werden.

Während all dieser Jahre war die Staatssicherheit präsent. Bereits im Herbst 1982 befürchtete die Stasi, dass sich aus der Gruppe eine unabhängige Frauenbewegung in der DDR als Gegenpart zum offiziellen Demokratischen Frauenbund Deutschlands (DFD) entwickeln könne. Die Frauen galten als „feindlich-negativ“, ihnen wurde die Planung breiter staatsfeindlicher Aktivitäten zugetraut. Die Frauen der Gruppe nahmen lange Zeit an, dass die Stasi sie weniger wichtig nahm als männliche Oppositionelle. Aber nach der Recherche in den Stasi-Akten wurde offenbar – sie galten von Anfang an als nicht weniger „feindlich-negativ“. Die Marginalisierung der Opposition war nicht geschlechtsspezifisch. Allerdings wurde bei den „Zersetzungsmaßnahmen“ die Angst der Frauen um ihre Kinder als Druckmittel eingesetzt. Damit die Kinder im Fall einer Inhaftierung nicht ins Kinderheim kommen, verfassten die Frauen Vollmachten für den Verbleib ihrer Kinder.

Bereits ab Dezember 1982 erarbeitete die Stasi Konzeptionen und Maßnahmenpläne für die „Zersetzung“ und Zerschlagung der Gruppe. Sie schleuste inoffizielle

Mitarbeiterinnen ein, die Informationen weitergaben und Einfluss auf die Gruppe ausübten. Im heißen Herbst 1983, dem Herbst der Nachrüstungsbeschlüsse, wurden die Frauen mehrfach „zugeführt“, d.h. die Stasi holte sie morgens um sechs Uhr aus ihren Wohnungen zur „Klärung eines Sachverhalts“ und verhörte sie zumeist bis in die Abendstunden. Im Dezember 1983 wurden gegen Bärbel Bohley, Irena Kukutz, Ulrike Poppe und Jutta Seidel Ermittlungsverfahren eingeleitet. Bärbel Bohley und Ulrike Poppe waren in der Stasi-Untersuchungshaftanstalt Hohenschönhausen inhaftiert, aus der sie dank internationaler Proteste nach sechs Wochen freikamen.

Im Jahr 1985 wurde der Zentrale Operative Vorgang ZOV „Wespen“ gegen alle „Frauen für den Frieden“ in der DDR eröffnet. Darin wird den Frauen eine „Feindtätigkeit mit hoher Gesellschaftsgefährlichkeit“ zugeschrieben. Die „Zersetzungsmaßnahmen“ der Staatssicherheit wirkten sich teilweise massiv auf das Leben der Frauen aus. Die drei Lehrerinnen in der Gruppe waren von Berufsverbot betroffen. Die freischaffenden Künstlerinnen waren vom Ausschluss aus ihrem Berufsverband bedroht bzw. ihnen wurde die Mitgliedschaft verwehrt. Andere durften nicht studieren. Diejenigen Frauen, die in die Bundesrepublik ausreisen wollten, bekamen ihre Ausreise ungewöhnlich schnell bewilligt – dies schwächte die Gruppe. Frauen, die in nichtkirchlichen Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren, wurden der „gesellschaftlichen Einflussnahme“ ausgesetzt. Sie wurden unter Druck gesetzt, sie

sollten aus der Gruppe „herausgebrochen“ werden. Die Stasi belegte die westdeutschen und westeuropäischen Mitstreiterinnen mit Einreiseverbot und konnte dadurch Kontakte erfolgreich verhindern. In den Augen der Stasi galt die Frauengruppe 1988 als „zersetzt“. Dies galt allerdings nicht für die einzelnen Frauen. Sie waren in anderen Oppositionsgruppen und Bürgerbewegungen aktiv geworden, und einige spielten eine maßgebliche Rolle während der Friedlichen Revolution.

Literatur

Kaminsky, Anna: Frauen in der DDR, Berlin 2020.

Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik. Bd. 1984. Hg. vom Statistischen Amt der DDR. Berlin 1984.

Über die Autorin:

Almut Ilsen ist Mitherausgeberin und Mitautorin der 2019 erschienenen Publikation „Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin“. Sie studierte Chemie an der Universität Jena sowie postgradual Bibliothekswissenschaften an der Humboldt-Universität Berlin und war von 1976 bis 2016 in der Staatsbibliothek zu Berlin als Fachreferentin für Naturwissenschaften tätig.

Podiumsgespräch „Geschlechtsspezifische Aufarbeitung der DDR“

Von Lucas Frings

Den Auftakt der Veranstaltungsreihe der Agentur für Bildung zu Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR stellte die Podiumsdiskussion „Geschlechtsspezifische Aufarbeitung der DDR – eine kritische Retrospektive“ am 26. September 2019 in den Räumlichkeiten des Campus für Demokratie dar. Nach Grußworten vom Leiter der Stasiunterlagenbehörde BStU, Roland Jahn, und der Leiterin des Lernorts Keibelstraße, Birgit Marzinka, begrüßte die Moderatorin Shelly Kupferberg die Literatur- und Kulturwissenschaftlerin Peggy Piesche und die Autorin Almut Ilsen, die beim Podiumsgespräch beide in der Rolle der Zeitzeugin teilnahmen. Die Historikerin Carola Rudnick komplettierte die Runde.

Wahrnehmung von Frauen in der DDR

Inhalte der kritischen Retrospektive seien die Aufarbeitung und Erinnerungskultur der letzten 30 Jahre, der Blick auf etwas „das fehlt, das verschwiegen, das nicht gesehen wurde“ so Birgit Marzinka. Peggy Piesche und Almut Ilsen wiesen eingangs darauf hin, dass im Rollenmodell der berufstätigen Frau und Mutter und ihrer Beteiligung an politischen Prozessen im Alltagsleben, emanzipatorisches Potential stecke. Auch wenn Frauen in der DDR nur bedingt prominente politische Ämter bekleideten, habe diese Sozialisation zum Engagement von

vielen (partei)politisch bedeutenden Frauen in der Nachwendezeit geführt. Dennoch hätten sich in der DDR beruflich erfolgreiche Frauen in einer männlich ausgerichteten und dominierten Gesellschaft zurechtfinden müssen und sich innerhalb dieser arrangiert. Ilsen erinnerte sich an ihre Chefin, die Direktorin der Ostberliner Staatsbibliothek, der sie mehrfach das Türschild von "Direktor" zu "Direktorin" umschrieb, obwohl diese auf die männliche Form bestanden habe. Erst nach Diskussionen hätte ihre Vorgesetzte die weibliche Form akzeptiert.

Almut Ilsen berichtete von ihrer Aktivität bei den "Frauen für den Frieden", die sie mitgegründet hatte und mit denen sie auf das Wehrpflichtgesetz von 1982 reagierte. Der Umgang mit dem von 130 Frauen unterschriebenen Brief an Honecker ist exemplarisch für das Frauenbild der Staatsführung und des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Den Frauen wurde derart politisches Denken und Handeln abgesprochen, es wurde nach den Männern im Hintergrund gesucht. Roland Jahn hatte bereits in seinem einleitenden Grußwort an die fünf jungen Frauen erinnert, die am den 4.12.1989 die Stasidienststellenbesetzung in Erfurt einleiteten und mittlerweile aus dem gesellschaftlichen Blick gefallen seien.

Carola Rudnick verwies auf die männliche Dominanz in den Zusammenschlüssen von in der DDR Verfolgten, die sich bereits in den 1950ern Jahren formiert hatten. Der zunehmende Anteil von verfolgten Frauen habe kaum Berücksichtigung gefunden, weder in der DDR noch nach deren

Zusammenbruch. So sei das Frauengefängnis Hoheneck lange weder bekannt noch in die Erinnerung an Opfer einbezogen gewesen. Unter dem, in der Thematik einflussreichen Hubertus Knabe (Rudnick nennt ihn nicht namentlich) sei die Verdrängung von Frauen in der Erinnerung fortgesetzt worden. Alle drei Podiumsteilnehmerinnen konnten noch weitere Beispiele anführen, wie diese Nichtbeachtung bzw. das Herunterspielen der Politisierung und Aktivität von Frauen in der Aufarbeitung der DDR-Opposition weitergeführt wurde. Dies zeige sich in der Wahrnehmung als "Ehefrauen bekannter Oppositioneller", als "Damenprogramm der Opposition" oder in schriftlichen und filmischen Retrospektiven, die als Zeitzeugen und wissenschaftliche Berater ausschließlich Männer zu Wort kommen lassen. Der Diskurs bleibe männlich dominiert.

Leerstellen in der Retrospektive

Diese Marginalisierung weiblicher Stimmen beruhe, so Peggy Piesche, unter anderem auf einer zurückhaltenden Positionierung der Frauen im Transformationsprozess nach 1990. Frauen hätten jedoch als erste ihre Arbeitsplätze verloren und dadurch andere Sorgen gehabt. Piesche nahm auch das Scheitern einer vereinten deutsch-deutschen Frauenbewegung in den Blick. "Feminismus" sei als westliches Label betrachtet worden, das die Situation von ostdeutschen Frauen nicht ausreichend repräsentierte. Deren in manchen Bereichen progressiveren Ansichten seien in vielen Punkten verloren gegangen und so habe etwa nicht gemeinsam gegen den

Abtreibungsparagrafen gekämpft werden können. Piesche wies zudem auf die Marginalisierung von Erfahrungen und Perspektiven von People of Colour in der historischen Betrachtung. Dies habe auch einen Einfluss auf aktuelle gesellschaftliche Wahrnehmungen.

Die Diskutantinnen vermissten eine Reihe weiterer Themen in der Geschichtsschreibung. Zwar finde sich die Friedensbewegung in der Erinnerungskultur, aber nicht alle Themen würden berücksichtigt. Die Kritik an der militarisierten Erziehung in Bildungseinrichtungen und innerfeministische Diskussionen, so Almut Ilsen, würden kaum verhandelt. Piesche benennt das Verhältnis der ost- und westdeutschen Frauenbewegungen als weitere Leerstelle. Auch sexualisierte Gewalt in der DDR, physisch in Haftanstalten oder in Sprache, die Frauen in Arbeitskontexten zu „sexualisierten Objekten“ machte, fehle eine öffentliche und wissenschaftliche Aufmerksamkeit, obwohl etwa die "Weimarer Frauengruppe" diese in den 1980er Jahren thematisiert habe. Eine Zuhörer*in der Diskussion verwies auf die Aufarbeitung von Subkulturen in der DDR. Ob diese Szenen tatsächlich derart von Männern dominiert waren wie in der Literatur zum Thema dargestellt, dürfe angesichts der beinahe ausschließlich männlichen Autor*innen angezweifelt werden.

Ein Abschlusswort blieb Peggy Piesche, die vor einer "Pathologisierung von DDR-Geschichte" in der öffentlichen und wissenschaftlichen Wahrnehmung warnte. Ohne dabei zu verharmlosen, sei eine deutsch-

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Zur Diskussion

deutsch-vergleichende Perspektive wertvoll. Neben den bisher genannten Themenkomplexen, gehöre auch eine Benennung der Marginalisierung von anderen gesellschaftlichen Gruppen und die Aufarbeitung des Nationalsozialismus in beiden Staaten zu einer ernst gemeinten Aufarbeitung.

Seid doch laut!

Von Tanja Kleeh

Mit „Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin“ legen die Herausgeberinnen Almut Ilse und Ruth Leiserowitz nicht nur einen breit aufgestellten Sammelband, sondern auch eine interessante Quellenbasis vor. Das 2019 erschienene Buch birgt sowohl einordnende Texte als auch Erinnerungsberichte der beteiligten Frauen. Der Sammelband ist in zwei Teile aufgeteilt: Teil Eins legt den Schwerpunkt auf die Perspektive der Frau, wohingegen Teil Zwei auf die Staatssicherheit blickt.

Kontext

Ruth Leiserowitz verfasst die historisch einordnende Einleitung. Sie betont, dass dabei auf die Quellen der Staatssicherheit und von kirchlichen Behörden verzichtet werde, „die in gewisser Weise die Sichtweise auf die Gruppe und ihre Geschichte filtern“ (S.11). Leiserowitz verfolgt dementsprechend die historische Entwicklung der „Frauen für den Frieden“. Beginnend mit dem Verfassen einer gemeinsamen Eingabe im Oktober 1982, um gegen „die Einbeziehung der Frauen in die allgemeine Wehrpflicht während der Mobilmachung und im Verteidigungsfall“ (S.11) zu protestieren, formierte sich eine Protestbewegung. Für das bessere Verständnis der Frauen wirft Leiserowitz einen Blick auf die Gesamtsituation: Blockbildung in und außerhalb Europas, Kalter Krieg, atomare Aufrüstung sowie das Geschehen in der DDR. So weist die Autorin unter anderem darauf hin, dass die Staatssicherheit

bereits „präventiv“ gegen mögliche öffentliche Agitationen und Kritiker*innen im Allgemeinen vorging. So wurden beispielsweise diese Personen von der Staatssicherheit vorgeladen und nach einem längeren Verhör mit Hausarrest belegt (S.16).

Das kritische Potential, so Ruth Leiserowitz, habe sich hauptsächlich in privaten und kirchlichen Netzwerken entfaltet. Die „Frauen für den Frieden“ stammten jedoch laut Leiserowitz „weder aus kirchlichen Kreisen noch aus Randgruppen“ (S.17). Vielmehr kannte man sich aus der Kulturszene, von illegalen Leseabenden, selbstorganisierten Ausstellungen und breiten privaten Netzwerken. Dennoch nutzten die „Frauen für den Frieden“ die Strukturen und Räumlichkeiten der Kirche, so zum Beispiel in der Berliner Samariterkirche. Die Tätigkeiten der Gruppe beschränkten sich jedoch nicht auf das Schreiben von den zu Beginn erwähnten Eingaben, sondern weiteten sich mit der Zeit auf öffentliche Aktionen, wie zum Beispiel die Teilnahme an der zweiten Berliner Friedenswerkstatt 1983 aus (S.20).

Zu Gruppierungen im Westen bestanden Kontakte, so dass sich die Ost-Berliner Frauen in den Kontext der internationalen Frauenbewegung eingebunden fühlten (S.23). Entsprechend organisierten sie ihre Aktionen in Teilen weiter parallel. Dabei beschäftigten sich die Gruppierungen hauptsächlich mit dem Thema Abrüstung. Die Ost-Frauen bekamen es bei ihren Aktionen immer wieder mit der Staatssicherheit zu tun. Wie Leiserowitz schreibt, lähmten Verhaftungen, Verhöre und die ständige Angst

vor Repressalien die „Frauen für den Frieden“, konnten jedoch die Aktivitäten der Frauen nicht beenden. Es gründeten sich in weiteren Städte Gruppen, so dass es im September 1984 zum ersten überregionalen Frauentreffen kam (S.28). Entsprechend der gesamtpolitischen Entwicklungen Ende der 1980er-Jahre veränderten sich auch die Forderungen und Aktivitäten der engagierten Frauen. Ruth Leiserowitz resümiert: „Fast alle ehemaligen ‚Frauen für den Frieden‘ waren während der Friedlichen Revolution politisch aktiv, wenn auch in unterschiedlichen Gruppen und Bewegungen.“ (S.35)

Die Erfahrungsberichte

Von den Aktivitäten in und um die Gruppe enthält „Seid doch laut!“ 16 persönliche Erinnerungsberichte. Zu deren Entstehungsgeschichte merkt Almut Ilsen in der Einleitung an, es seien bis auf Katja Havemann alle Gründungsmitglieder der „Frauen für den Frieden“ vertreten. Alle Berichte wurden rückblickend erstellt, da während des Bestehens der Gruppe „aus Vorsichtsgründen weder Tagebücher noch Protokolle“ (S.9) verfasst wurden. Den einzelnen Berichten sind Kurzbiographien der Frauen angefügt, die den Lebensweg der Frauen während und nach der DDR sowie private Informationen umfassen. In Verbindung mit den Porträtfotos geben sie den „Frauen für den Frieden“ ein Gesicht. So berichtet auch Mitherausgeberin Almut Ilsen über ihr Engagement. Sie berichtet nicht nur über die Entstehung der Eingabe, sondern auch über ihren persönlichen Hintergrund, ihre Politisierung durch

das Elternhaus und ihre frühen Erfahrungen mit dem Repressionsapparat der DDR: „Die Promotion wurde mir wegen meiner negativen politischen Einstellung verweigert“ (S.61). Von Begegnungen mit der Stasi im Rahmen von Verhören und Drohgebärden dieser, etwa im Bezug auf ihre Kinder, berichtet Ilsen mehrmals: „Auch für mich wurde es deutlich, dass ich einiges riskierte. Vor allem hatte ich Angst um meine Kinder.“ (S.62) Die Kinder wurden wiederholt als Druckmittel eingesetzt, zum Beispiel nach einer angebotenen Beförderung zur Generaldirektorin in der Deutschen Staatsbibliothek (S.65). In den Erinnerungen von Almut Ilsen wird auch deutlich, dass den Frauen das Potential der Bspitzelung durch die Stasi sehr bewusst war: „Uns war klar, dass die Stasi Frauen bei uns einschleusen würde, aber wir versuchten uns nicht verrückt zu machen und nicht durch Verdächtigungen unsere Kräfte zu binden“ (S.64).

Eine weitere Einordnung liefert Christa Sengespeick-Roos, die in ihrer Position als Pfarrerin der Auferstehungskirche Berlin-Friedrichshain mit den „Frauen für den Frieden“ in engem Kontakt stand. Sie bot in der Kirche nicht nur Raum zum Austausch, sondern ermöglichte unter dem Deckmantel kirchlicher Veranstaltungen – unter anderem die sogenannten Nachtgebete – öffentliche Veranstaltungen. Ihre Einordnung gleicht denn auch mehr einem persönlichen Erfahrungsbericht und spiegelt ihre Erinnerungen wieder. Rückblickend geht Sengespeick-Roos vor allem der Frage nach, wie sich Kirche und Opposition zueinander

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

verhielten, wie Kirche und Opposition sich gegenseitig brauchten (S.128). Daraus zieht die Theologin unter anderem Schlüsse für die Gegenwart: „Es ist ureigenster Auftrag der Kirche, Menschen Raum zu geben [...]. Ich denke, auch heute gibt es Menschen und Gruppen, deren Wirklichkeitserfahrung einen solchen Raum braucht.“ (S.128).

Der Blick der Stasi

Der Blick der Staatssicherheit auf die „Frauen für den Frieden“ wird zum einen durch den Bericht von Barbara Einhorn verdeutlicht. Einhorn berichtet von Verhören und ihrer Zeit im Gefängnis. Demgegenüber steht der Bericht des MfS-Führungsoffiziers Detlef Jäger, der für die Anwerbung und Betreuung der Informantin Monika Haeger zuständig war. Sein Bericht ist einem im Jahr 1992 erschienenen Dokumentarfilm entnommen. Jäger resümiert darin seine Tätigkeiten für das MfS, wie die Zusammenarbeit mit Haeger ablief und auch, welches „zersetzende“ Potential die Bewegung für die DDR tatsächlich hatten.

Fazit

„Seid doch laut!“ überzeugt nicht nur durch seinen Quellenreichtum, sondern auch durch die einordnenden Beiträge verschiedener Autorinnen. Deren besondere Stärke liegt in ihrer Klarheit. So werden möglicherweise unbekannte Begriffe – zum Beispiel „Eingabe“ (S.11) – erläutert, was auch Leser*innen mit wenig bis keinem Vorwissen die Lektüre des Buches ermöglicht. Die Autorinnen arbeiten nicht mit unnötigen Fachvokabular und ohne Spekulationen.

Historische Fakten werden mit Quellen belegt, wo möglich wird auf weiterführende Literatur verwiesen.

Literatur

Almut Ilsen/Ruth Leiserowitz (Hg.): Seid doch laut! Die Frauen für den Frieden in Ost-Berlin, Ch. Links Verlag, 2019, 30€.

Traumatisierung durch politisierte Medizin

Von Tanja Kleeh

Mit ihrem Werk „Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR“ widmen sich die Autoren Florian Steger und Maximilian Schochow einem wenig bekannten Kapitel der DDR-Geschichte. Bereits 2014 veröffentlichten die Autoren eine entsprechende Forschungsarbeit zur geschlossenen Venerologischen Station in der Poliklinik Mitte in Halle (Saale). Davon ausgehend -und mit ähnlicher Methodik – sind in der vorliegenden Studie die entsprechenden Stationen aus Leipzig-Thonberg, Berlin und Berlin-Buch sowie Dresden-Friedrichstadt untersucht worden.

Nach einer Einführung in die Methodik stellen die Autoren die Entstehungsgeschichte der geschlossenen Venerologischen Stationen vor. Dabei schlagen Steger und Schochow den Bogen von den sogenannten „Fürsorgeheimen für Geschlechtskranke“ bis zu den Stationen. Die Bekämpfung von Geschlechtskrankheiten habe bei den Alliierten nach Ende des Zweiten Weltkriegs eine hohe Priorität gehabt, da sie fürchteten, „dass die deutschen Verwaltungen und Ärzte die immer bedrohlicher werdende Zahl an Infektionen nicht beherrschen würden“ (S.13).

Entsprechende Befehle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland wurden unter anderem mit folgenden Maßnahmen umgesetzt: Die Einführung der

namentlichen Meldepflicht für Geschlechtskranke, die Ausbildung von Hilfsvenereologen, die Zwangshospitalisierung aller ansteckenden Formen von Syphilis sowie die Beratung, Aufklärung und gesundheitliche Erziehung der Bevölkerung (S.16). Auf Grundlage dieser Gesetzeslage wurden vor allem Prostituierte, „Krankheitsverdächtige und sogenannte HwG-Personen, [...] Personen, die unter dem Verdacht standen geschlechtskrank zu sein“ zwangsweise hospitalisiert (S.18). Unter „HwG-Personen“ wurden Menschen verstanden, die im Verdacht standen, häufig wechselnde Geschlechtspartner*innen zu haben.

Die Autoren der Studie legen recht ausführlich dar, wie sich die medizinische Versorgung der Klinikpatient*innen gestaltete. Anhand eines Pflichtkurses zur Aus- und Weiterbildung erlernten Ärzt*innen und Pflegepersonal die Erkennung von Geschlechtskrankheiten und die Behandlung dieser (S.26). Empfohlen wurde die Behandlung mit Penicillin. An dieser Stelle werden die Autoren sehr fachspezifisch, so dass Nicht-Mediziner*innen etwas verwirrt sein können. Für das Verständnis der weiteren Lektüre tut dies jedoch keinen Abbruch.

Das Beispiel Berlin

Für Berlin machen die Autoren zwei Venerologische Stationen aus – im Krankenhaus Prenzlauer Berg, die später nach Berlin-Buch verlegt wurde. Unterstützt von Zeitzeug*innenberichten und Akten aus dem Landesarchiv rekonstruieren Steger und Schochow, wie die Organisation, Unterbringung und Untersuchungen abliefen.

Das beteiligte medizinische Personal wird namentlich genannt, die Zwangseingewiesenen jedoch anonymisiert gehalten. Der Schwerpunkt in Berlin habe in der Einrichtung von „Beratungs-, Behandlungs- und Fürsorgestellen für die Behandlung Geschlechtskranker sowie die Einrichtung polizeilich überwachter Stationen für die Behandlung von Syphilis- und Gonorrhoe-Patienten“ gelegen (S.143). Die baulichen Gegebenheiten der Kliniken wurden angepasst, im Prenzlauer Berg etwa durch vergitterte Fenster und dem Ausbau eines geschlossenen Gartens, „der von den Kranken am Tage zu bestimmten Zeiten für Freigänge genutzt werden konnte“ (S.149).

Präventive Maßnahmen wurden mittels Vorträgen, Plakaten und Flugblättern durchgeführt. Zudem habe, so die Autoren, Kontakt zu Prostituierten bestanden. Geschlechtskrankheiten seien sowohl ambulant als auch stationär – auch nach Zwangsweinweisungen – behandelt worden. Über diese Zwangseinweisungen berichtet einer der angeführten Berichte. Rückblickend von einer Lehrerin aus einem Berliner Jugendwerkhof verfasst, werden die Beweggründe klar, Frauen in das Krankenhaus zu schicken: „Deshalb schickten wir die Ausreißerinnen zur Untersuchung ins Krankenhaus für Geschlechtskrankheiten [...]“ (S.147). Die Schwestern seien „nicht sehr sanft mit den Mädchen“ umgegangen. Von der Augenzeugin wird dies jedoch als notwendig erachtet. Nach der Untersuchung sei das Mädchen „eingeschüchtert“ gewesen, berichtet die Lehrerin weiter.

Von ihren Erfahrungen mit der Venerologischen Station berichten auch selbst Betroffene, die 1957 und 1975 zwangseingewiesen wurden. Sie berichten von gynäkologischen Untersuchungen, Übergriffen, Demütigungen und permanenter Überwachung. Teilweise wird auch von Gewalt der Patientinnen gegeneinander als auch gegen die Institution berichtet. Die Zeitzeugenberichte sind in ihren Details teilweise schwer erträglich. Umso wichtiger ist es, an dieser Stelle zu betonen, dass die Autoren des Buches „Traumatisierung durch politisierte Medizin“ hier angerechnet werden muss, dass sie sich entschlossen haben, auch diese aufzunehmen.

Spätfolgen

Der Aufenthalt in den Venerologischen Stationen und die dort gemachten Erfahrungen begleiteten viele der Frauen ihr Leben lang. Die gynäkologischen Untersuchungen traumatisierten ebenso wie der isolierte Aufenthalt auf den Stationen (S. 199). Steger und Schochow weisen zudem daraufhin, dass sich diese Traumatisierungen auch in den Folgegenerationen bemerkbar machen. Sie sprechen in diesem Zusammenhang von „transgenerationaler Weitergabe“. Die Bestimmung solcher Traumata ist jedoch schwierig, da Kindern häufig nicht über die Inhaftierung ihrer Eltern berichtet wurde. Hinzu kommt eine hohe Dunkelziffer an Kindern, die bis ins eigene hohe Alter im Unklaren über den Verbleib ihrer Eltern blieben, da sie adoptiert wurden und die Adoptiveltern darüber schwiegen (S.200). Florian Steger und Maximilian Schochow arbeiten diese Aspekte anhand einiger

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Fachbuch

beispielhafter Biographien auf.

Fazit

„Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR“ ist ein schwer zu verdauendes, jedoch sehr gutes Buch. Auch ohne medizinisches Vorwissen kann ein Kapitel Medizingeschichte kennengelernt werden, das im breiten Bewusstsein der Öffentlichkeit noch nicht bekannt ist. Vor allem die vielfältige Quellenarbeit der Autoren sticht hervor und macht das Buch interessant. Allerdings ist darauf zu achten, dass für Menschen mit ähnlichen Erfahrungen viele Trigger versteckt sind.

Literatur

Florian Steger/Maximilian Schochow: Traumatisierung durch politisierte Medizin. Geschlossene Venerologische Stationen in der DDR, Medizinische Verlagsgesellschaft, 2016, 19,95€.

Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost

Von Ingolf Seidel

Die zahlreichen Erinnerungsanlässe – fünfzig Jahre 1968, dreißig Jahre Mauerfall im Jahr 2019 und 2020 dreißig Jahre deutsche Vereinigung –, die hierzulande begangen werden, sind in der Regel auf eine weiße Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet. Die Erfahrungen, Kämpfe und Erinnerungen von People of Colour (PoC) finden darin kaum einen erinnerungspolitischen Platz. In der Einleitung zu „Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost“ führt Herausgeberin Peggy Piesche aus, welche Marginalisierungen eine „Erinnerungskultur“ mit sich bringt, die in erster Linie auf weiße (und häufig männliche) Deutsche ausgerichtet ist und folgert: „Erinnerungskultur muss mehr als nur die Mehrheitsgesellschaft im Gedächtnis be(in)halten“ (S.6). Diesen Ansatz vertritt Piesche mit dem intersektional ausgerichteten Band indem dort „Porträts von acht Aktivistinnen* aus Schwarzen, PoC- und/oder queer*feministischen Kontexten und Communitys gesellschaftspolitische Akteur*innen, aber auch Orte, Ereignisse und Diskurse in den Vordergrund [gestellt werden, IS], die in herrschenden Erinnerungskontexten nicht repräsentiert sind“ (Ebda.). Das Konzept strukturiert zugleich den Band, der ein Begleitprodukt zur gleichnamigen Ausstellung ist, die im FHXB Friedrichshain-Kreuzberg Museum gezeigt wird.

Die Geschichten von Anita Awosusi, Angelika Nguyen, Katharina Oguntoye, Samrirah Kenawi, Sun-Ju Choi, Jeanette Sumalgy, Nuran Ayten und Ina Röder Sissoko bilden nicht nur Einzelkapitel des Buches, sondern, so Piesche, einen „Reflexionsraum, der es ermöglicht, die vielschichtigen Transformationsprozesse vor, während und nach dem Mauerfall zu beleuchten“ (Ebda.). Einen Teil dieses Reflexionsraumes bildet das Kapitel „Bewegungsmomente“. Dort sind Fotografien, Plakate, Demonstrationsaufrufe und Dokumente versammelt, die aus feministischen und antirassistischen Bewegungen in Ost und West stammen. Ebenso verhält es sich mit den biografischen Erzählungen der Frauen. Gestalterisch sind jeweils eine West- und eine Osterzählung gegenübergestellt, sodass ein kommunikativer Raum zwischen beiden entsteht. Anhand von vier Lebensgeschichten des Bandes soll dies verdeutlicht werden.

Anita Awosusi erzählt die Geschichte ihrer Politisierung im Jahr 1987 über ein Theaterstück indem sie auf Anfrage anderer Sint*ezze mitspielte. An diese Erfahrung mit ersten öffentlichen Auftritten konnte sie durch die Arbeit erst für den Regionalverband, später für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, anknüpfen. Das Zusammentreffen mit anderen Sint*ezze, die Kämpfe um Anerkennung des Völkermordes an der Minderheit als Teil der Bürgerrechtsbewegung und die Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte bis hin zur Mitarbeit an der 1997 eröffneten Dauerausstellung über den Genozid im Heidelberger

Dokumentationszentrum schildert Awosusi als empowernd. Der Wert des Austausches, von Bildung und das Engagement für die eigene Sache gemeinsam mit anderen von Antiziganismus betroffenen sind Teil der Botschaft, die Awosusi an junge Sint*ezze und Rom*nja weitergeben will. Das Durchbrechen von Vereinzelung in einer von Weißen dominierten Gesellschaft zieht sich als Thematik auch durch Angelika Nguyens Lebensgeschichte. Die Filmwissenschaftlerin arbeitete im Anschluss an ihr Studium in den Jahren 1982 bis 1986 als Dramaturgieassistentin bei der DEFA. Ihr Verhältnis zur DDR ist eher von Verärgerung über mangelnde Qualität und vor allem Kontroversität der Filmproduktionen geprägt, als durch organisierte Opposition.

Das Thema Empowerment durch gemeinsame politische Diskussion und Praxis zieht sich im Kern durch alle Biografien. Katharina Oguntoye hatte ihr lesbisches Comingout im Rahmen der Berlin-Kreuzberger Schule für Erwachsenenbildung, auf der sie ihr Abitur nachholte. Dort war sie in ihrer Klasse in den 1980er Jahren die einzige Schwarze. Gleichzeitig bot ihr der Rahmen einer selbstorganisierten Schule die Möglichkeit, gemeinsam mit anderen Frauen, sich in gemischtgeschlechtlich geführten Diskussionen selbst zu ermächtigen und wahrnehmbar zu werden. Erfahrungen mit anderen People of Colour zu diskutieren machte sie erst später im Rahmen der beginnenden Bewegung von Schwarzen in der Bundesrepublik, in der weite Teile ihres sozialen und politischen Lebens zunehmend, wenn

auch nicht ausschließlich, situiert waren. 1997 gründete sie den freien Träger Joliba, der sich auch als interkulturelles Netzwerk versteht, in Berlin mit. Samirah Kenawi, die unter anderem in dem später in GrauZone umbenannten Frauenarchiv aktiv war, kam als lesbische, atheistische Frau zur Gruppe „Lesben in der Kirche“ in Dresden. Trotz der rechtlichen, aber eher theoretischen, Gleichstellung von Frauen standen sie und andere vor der Situation, dass insbesondere lesbische Frauen gesellschaftlich unsichtbar blieben. Gleichzeitig waren die oppositionellen Gruppen, so auch die kleine Lesbenbewegung, im Visier der Staatssicherheit. Das erschwerte unter anderem die Kommunikation untereinander. Der angeheizte Prozess der Vereinigung schuf zudem neue Herausforderungen und Weichenstellungen, die quer zu Gestaltungsmöglichkeiten derjenigen waren, die sich jahrelang oppositionell betätigt hatten. Von ihrer politischen Arbeit im Büro des Unabhängigen Frauenverbandes zog sich Kenawi 1990 zurück, da sie keine Möglichkeiten des politischen Einflusses sah. Sie widmete sich fortan verstärkt der Archivarbeit. Das Motiv der Unsichtbarkeit von Frauen und Lesben in beiden Staaten bildet hier eine Brücke beider Erzählungen. Deutlich werden aber auch Unterschiede. Rassismus und eigene Erfahrungen damit sind bei Kenawi ein Randthema, obwohl sie ihn wahrnimmt.

Die Gegenüberstellung von Ost- und Westbiografien ermöglicht Vergleiche der Auswirkungen von und des Umgangs mit gesellschaftlichen Marginalisierungen, die einer

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Lebensbericht

rein auf die DDR bezogenen, nicht selten eher ideologisch unterlegten, Auseinandersetzung fehlen. Der Buchtitel „Labor 89“ verweist auf das unabgeschlossene Moment des Geschichtsprozesses. Die Erzählungen der Frauen greifen nicht nur historische Ereignisse und Debatten auf. Sie zeigen die Möglichkeiten und Grenzen politischer Beteiligung in gesellschaftlichen Kämpfen für Gleichberechtigung und Selbstbestimmung mit Fokus auf das Jahr 1989 auf, die im Mehrheitsdiskurs weiterhin nur eine marginale Rolle spielen. Insofern ist „Labor 89“ eine in sich durchaus heterogene Stimme innerhalb eines erinnerungspolitischen Aushandlungsprozesses, der die weiße, heterosexuelle Dominanzgesellschaft hinterfragt.

Peggy Piesche (Hg.): Labor 89. Intersektionale Bewegungsgeschichte*n aus West und Ost. Berlin, 2020. 15€.

Lernen aus der ■ Geschichte ■

„Asozialität“ in der DDR – Repressionserfahrungen von Frauen. Bericht über ein Zeit- zeuginnengespräch

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“ sprach Martina Blankenfeld im Rahmen eines Werkstattgesprächs am 5. Dezember 2019 mit Birgit Marzinka, Leiterin des Lernortes Keibelstraße (Link unter d Text.: <http://www.keibelstrasse.de>), über ihre Erfahrungen als Frau, die in der DDR mit dem Stigma von Asozialität behaftet war. Blankenfeld wurde 1978 als Jugendliche in die geschlossene Venerologische Station des Städtischen Klinikums Berlin-Buch zwangseingewiesen. In der Umgangssprache wurden solche Stationen abwertend als „Tripperburg“ bezeichnet. Im Gespräch berichtet sie, wie sie in die geschlossene Station gelangte, welche Erfahrungen sie dort machte und wie sich das auf ihr weiteres Leben in der DDR sowie nach 1989 auswirkte.

Zu Beginn führte Marzinka die Anwesenden kurz in das Thema der sogenannten Asozialität ein, die in der DDR als Straftatbestand galt. Der § 249 StGB der DDR („Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten“) wurde sehr breit gefasst, sodass unter ihn etwa auch Menschen fallen konnten, die nicht einer Lohnarbeit nachgingen. Auch Prostitution fiel unter diesen Paragraphen, da sie keine erlaubte Arbeit war. Als Strafmaß konnte eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren vollstreckt werden. Der Eingriff in die sexuelle Selbstbestim-

Empfehlung Lebensbericht

mung zeigte sich jedoch auch in der Bestrafung von Menschen mit vermeintlich häufig wechselndem*r Geschlechtspartner*in.

Situation in der Familie und Zwangspanychiatisierung

Die Ausführungen von Martina Blankenfeld begannen in ihrer frühen Kindheit, die von der Krankheit der Mutter und dem gewalttätigen Stiefvater bestimmt war. Ihre Mutter, so Blankenfeld, sei nicht in der Lage gewesen, sie vor den Übergriffen des Stiefvaters zu schützen. Vielmehr musste sie selbst noch im Kindesalter lernen, ihre psychisch kranke Mutter zu beruhigen. Beim Besuchen der Mutter in der Psychiatrie habe sie eine tiefe Abneigung gegen diese Orte entwickelt, an denen „Menschen auch an Bäume angebunden waren“. Diese Horrorvorstellung darüber, was in einer Psychiatrie passieren könne, begleite sie seither. Blankenfeld schilderte, wie ihr die Rücksichtnahme auf die Mutter und die fehlende Betreuung und Kommunikation mit vertrauten Bezugspersonen zusetzte. Durch mehrere Schulwechsel aufgrund der längeren Krankenhausaufenthalte der Mutter, war dann auch ihre Versetzung in die nächste Klasse gefährdet. Statt Hilfe im Umgang mit der Mutter zu erhalten, wurde ihr gesagt, sie solle fleißig und lieb sein. Der sexuelle Missbrauch durch den Stiefvater wurde als „blühende Fantasie“ abgetan, Fürsorge erhielt sie nicht.

Freundschaften wurden als „Kontakt zu einer negativen Freizeitgruppe“ ausgelegt. Da auch der leibliche Vater keine Hilfestellung leistete, beschloss sie, sich mit den Medika-

menten der Mutter das Leben zu nehmen: „Mein Leben war so konfus. Ich wusste, es würde diesen Tag geben.“ Der Suizidversuch endete für sie zunächst im Kinderkrankenhaus Lindenhof in Berlin-Lichtenberg. Von dort aus brachte die Jugendfürsorge sie in das am Stadtrand gelegene Buch. Sie beschrieb ihren Aufenthalt im Krankenhaus als die Fortsetzung ihrer bisherigen Erfahrungen: „Das Gefühl, dass alle irgendetwas wissen, aber keiner kommuniziert.“ Die Krankenschwester stellte ihr „verhörmethodisch“ Fragen: zu sexuellen Beziehungen, zu Selbstbefriedigung – während sich Blankenfeld selbst fragte: „Wo bist du hier eigentlich?“ Die Fürsorge, die sie von den Ärzt*innen erhofft hatte, blieb aus. Stattdessen habe sie in diesem Moment, als die Stahltür der geschlossenen venerologischen Station des Krankenhauses in Berlin-Buch hinter ihr zufiel, Angst gehabt, sie sei nun „in der Klappe“.

Venerologische Stationen – ein staatliches Disziplinierungsinstrument

Marzinka ergänzte allgemeine Fakten zu den geschlossenen venerologischen Stationen: Diese waren Bereiche der Krankenhäuser, in denen ausschließlich Mädchen und Frauen nach Geschlechtskrankheiten untersucht wurden. Ziel dieser Stationen war die Disziplinierung der Frauen und Mädchen und ihre Erziehung zu dem, was als sozialistische Persönlichkeit galt. Etwa 70 Prozent der Untersuchten waren gesund, so Marzinka und durch die Aufnahme in die Station sollten vielmehr „Herumtreiberei“ und „Arbeitsbummelei“ unterbunden werden.

Es sei ein System von Disziplinierung und Strafe gewesen, die Eingewiesenen lebten unter haftähnlichen Bedingungen. Im Jahr 1968 gab es z.B. DDR-weit 2.763 Fälle. Die Zeitzeugin merkte an, dass es in der venerologischen Station in Berlin-Buch zwischen 1971 und Anfang der 80er Jahre etwa 2.000 Fälle gab. Doch hatten die meisten DDR-Bürger*innen nicht von diesen Stationen gewusst: „Es war etwas, das unter dem Radar passierte.“

Blankenfeld beschrieb die Station als vergittert und „hermetisch abgeschlossen“, die Fenster aus verdrahtetem Milchglas ließen sich nicht öffnen. Sie erinnerte sich daran, dass eine Schwangerschaftsuntersuchung ohne Vorgespräch oder Erklärung durchgeführt wurde. Der Grund, warum sie auf dieser Station war, wurde ihr von dem behandelnden Arzt nicht mitgeteilt. Es fanden zudem jeden Tag morgendliche gynäkologische Untersuchungen statt, die als Entnahme von „Kulturabstrichen“ bezeichnet wurden und die Blankenfeld in ihrer Ausführung als brachial und schmerzhaft charakterisierte. Zudem mussten die Mädchen und Frauen ohne nähere Aufklärung Schminke auftragen oder sich Allergietests auf ihrem Rücken unterziehen. Weshalb diese Tests stattfanden, erschloss sich der Zeitzeugin erst später: Sie recherchierte, dass diese der Forschung dienen sollten.

Aus ihrer Jugendamtsakte erhielt sie nach dem Ende der DDR schließlich die Erklärung für ihre Aufnahme in die Station. Nach ihrer Erholung vom Suizidversuch lag eine vorläufige Heimanweisung vor –

Begründung: „Die behandelnde Ärztin der Mutter und der Abschnittsbevollmächtigte haben beobachtet, dass sie in einer negativen Freizeitgruppe aktiv ist und dort durch massives Fehlverhalten auffällt.“ Dieser Abschnittsbevollmächtigte äußerte, dass sie sich im Arbeiterwohnheim herumtreibe und häufig wechselnde Geschlechtspartner gehabt habe. Blankenfeld führte aus, es habe in der DDR ein gesetzlich vorgeschriebenes dreistufiges Verfahren gegeben, an dessen Ende erst – bei Nichtbefolgen von Einladungen oder Verweigerung von Untersuchungen – die Einweisung in den „Zellentrakt“ der geschlossenen venerologischen Abteilung gestanden habe. Daran habe man sich in ihrem Fall nicht gehalten. Sie bezeichnete auch in diesem Zusammenhang die Behandlung, die sie in Buch erhalten habe, noch einmal als Tortur.

Auf Nachfragen aus dem Publikum zu den Experimenten mit Schminkutensilien und Allergenen charakterisierte Blankenfeld diese als Menschenversuche, die ohne Information und Einverständnis der betroffenen Frauen und Mädchen vorgenommen wurden. Sie erklärte den Anwesenden, wie ihre Recherche sie in das Berliner Landesarchiv und zu Rosemarie Pumb, die sich mit der Erforschung der NS-Euthanasie beschäftigt, führte. Sie fand Dokumente und Materialien, die belegen, dass mit diesen Testergebnissen Geld verdient wurde. Nach drei Wochen auf der Station kam Blankenfeld ins Durchgangsheim nach Alt-Stralau. Vorgesehen war eine Aufenthaltszeit von wenigen Wochen – Blankenfeld blieb für

mehrere Monate. Auch dort wurden wieder gynäkologische Untersuchungen durchgeführt. Es folgte ihre Aufnahme in den Jugendwerkhof „August Bebel“ in Burg. Zum Thema Jugendwerkhöfe herrschte im Publikum die Vorstellung vor, dort seien nur Straftäter*innen gewesen, was Blankenfeld richtigstellte: Die Jugendwerkhöfe waren Teil der „Erziehung zur Arbeit“ für Kinder ab 14 Jahren, in Burg erwarb man innerhalb von 18 Monaten den Teilfacharbeiter-Abschluss. „Es war kein Spezialheim für Schwererziehbare“, so Blankenfeld. Da sie nach Ablauf der Ausbildungszeit in dieser Einrichtung erst 16 Jahre alt war und somit wieder zu ihrer Mutter gemusst hätte, beantragte sie eine Verlängerung. Sie konnte eine Pädagogin überzeugen, bis zu ihrem 18. Geburtstag bleiben zu können.

Auch nach ihrer Entlassung blieb die Fremdbestimmtheit beherrschend in ihrem Leben in der DDR. Ihre beruflichen Vorstellungen als Gärtnerin oder Tierpflegerin zu arbeiten, wurden nicht berücksichtigt. Stattdessen musste sie in der Stadtwirtschaft (Reinigung öffentlicher Anlagen) arbeiten. Da in ihrer Kaderakte verzeichnet war, sie sei eine „kriminell gefährdete Person“, hatten ihre Bewerbungen um andere Stellen keinen Erfolg. Nachdem sie auf eigene Bemühungen dann eine Arbeit als Verkäuferin antrat, erfuhr sie, dass sie dort Arbeitsplatzbindung hatte. Ihr Traum, am Theater an der Parkaue zu arbeiten war nicht mit ihren bisherigen Abschlüssen vereinbar. Als 1987 innerhalb des Scheidungsverfahrens von ihrem Mann auch die Frage nach dem Sorgerecht für den

gemeinsamen Sohn aufgeworfen wurde, wurde vom Kindsvater ihre Vorgeschichte im Heim und im Jugendwerkhof angeführt. Es stand daher schnell in Frage, ob sie das Kind versorgen könne und sie war gezwungen, Personen aus ihrem Umfeld beizubringen, die das bezeugen konnten. In der DDR wurden bei Scheidungen das Sorgerecht für die Kinder meist den Müttern zugesprochen.

Kampf um Anerkennung des Unrechts

Die Anerkennung des erfahrenen Unrechts der Zeitzeugin nach dem Ende der DDR interessierte die Zuhörenden. Zunächst wollte sie das alles ruhen lassen, sagt Blankenfeld, sich da einfach „herausarbeiten“. Die mit der Anerkennung verbundene Bürokratie im Deutschland nach 1990 stellte zudem eine Hürde dar. Vertrauen hat sie weder in Ärzte noch in andere Menschen, die mit Formularen hantieren: „Fragebögen sind für mich wie ein Verhör.“ Die Suche nach einer Arbeit war somit schwer, wie auch die späteren Rehabilitationsanforderungen. Für ihren Antrag auf Weiterbildung musste sie ein Gutachten vom Amtsarzt einholen. Oftmals erhielt sie den Ratschlag, sich therapieren zu lassen. Nach langem Bemühen wurde ihr die Ausbildung zur Theaterpädagogin gezahlt. Über die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und deren Aufruf an die Frauen, die in der „Tripperstation“ in Halle eingesperrt waren, erhielt sie auch Informationen zu ihrer eigenen Entschädigung. Doch sei es mühselig, die Akten dazu zu erhalten. In ihrem Fall war daher bisher keine Rehabilitation

möglich, obgleich ein neues Gesetz in Berlin verabschiedet wurde. Die Bundesländer handhaben dies unterschiedlich. In Berlin muss sich der Aufenthalt in Heimen auf 90 Tage summieren, außerdem muss eine politische Verfolgung nachgewiesen werden, damit es zur Entschädigung kommt. Politisch sei ihr Fall, der Paragraph existierte ja. Die Gewalt, die sie in ihrer Familie erfahren habe, sei jedoch davon ausgenommen. Blankenfeld möchte auch andere Frauen motivieren, sich dieser Geschichte zu stellen: „In den Archiven in Leipzig wurden gerade erst wieder 5.000 Patientenakten gefunden.“ Sie bemerkte abschließend, dass es schwer sei, an die Akten zu gelangen und dass sie sich mehr politischen Druck auf die Ämter, die diese aufbewahren, wünsche. Eine ZuhörerIn fand es mutig, dass Blankenfeld über ihre Geschichte so offen spreche. Sie könne gar nicht anders, als zu sprechen, entgegnete Blankenfeld.

Das Zeitzeuginngespräch mit Martina Blankenfeld war die vierte Veranstaltung der Veranstaltungsreihe „Unangepasst. Repressionserfahrungen von Frauen in der DDR“.

Berlin in Bewegung

Von Lucas Frings

Das feministische Archiv FFBIZ (Frauenforschungs-, -bildungs- und Informationszentrum) führt seit 2014 Interviews zur Geschichte von Frauenbewegungen in Berlin mit dem Ziel die Entstehung und Gestaltung von Netzwerken und Infrastrukturen von Frauen in beiden Teilen der Stadt seit 1968 zu dokumentieren. Für die Webseite „Berlin in Bewegung“ wurden bereits fünf dieser Interviews in kürzeren Videos aufbereitet. Flankiert von Begleittexten finden Nutzer*innen auch einzelne Dokumente sowie Film- und Literaturhinweise.

Irena Kukutz, die 1990 als eine von drei Abgeordneten für das Neue Forum ins Berliner Abgeordnetenhaus einzog, berichtet unter anderem über die Festnahme wegen „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“ infolge des Versuches, Informationen über die Arbeit der Ostberliner „Frauen für den Frieden“ in die BRD schmuggeln zu lassen. Die Gruppe hatte sich vor allem gegen das DDR-Wehrdienstgesetz von 1982 und das militärische Wettrüsten gewandt. In dem Zusammenhang spricht sie auch darüber, dass die Aktivistinnen von einer Mitstreiterin bespitzelt wurden.

Marinka Körzendörfer bewegte sich ab den frühen 1980er Jahren in Organisationskontexten von Lesben und Schwulen. Dazu gehörte auch die Gruppe „Lesben in der Kirche“, die Gesprächskreise für, aber nicht ausschließlich, Lesben ausrichtete oder Coming Out-Abende organisierte.

Sie traten aber aus den halbwegs geschützten Kirchenräumen hervor, etwa indem sie mit Mitstreiterinnen auf die lesbischen Opfer des Nationalsozialismus und deren Nicht-Repräsentation in der KZ-Gedenkstätte Ravensbrück aufmerksam macht. Diese Ehrung blieb ihnen zuerst untersagt, sie erreichten aber eine Duldung ihrer Aktivitäten in der Gedenkstätte durch den Staat.

Astrid Landero, lange bei der Freien Deutsche Jugend aktiv und angestellt, entdeckte durch Kontakte zu westeuropäischen Jugendorganisationen Feminismus und Frauenpolitik für sich. Beim Jugendlradio DT64 nutzte sie ab 1988 Spielräume aus und füllte sie – „[da] haben wir natürlich freige dreht“ – mit Inhalten aus, die politisch zuvor schwer möglich gewesen wären, etwa in Beiträgen über PoCs in der DDR, Sexualität, lesbisches und schwules Leben, soziale Isolation und Suizid. In ihrer Biografie zeigt sich aber auch die ihre Skepsis gegenüber der Freude über die deutsch-deutsche Vereinigung und sie berichtet über Zusammenkünfte und Missverständnisse mit westdeutschen Aktivistinnen: „So sehr wie wir uns in der Entfernung geliebt und verehrt hatten, hatten die Feministinnen des Westens keine Ahnung wie bieder revolutionäre Frauen der DDR dann doch wieder in Familienzusammenhängen sind.“

Gabi Zekina, die jüngste der fünf Frauen, gründete im Oktober 1989 mit zehn anderen Frauen die „Lila Offensive“. Für die Demonstration auf dem Alexanderplatz am 4. November 1989 rufen sie mit dem Slogan: „Frauen, wisst ihr worum es hier heute geht?“

Um den Umbau der ganzen Gesellschaft.“ zu einem eigenen Frauenblock auf. Diesen Ansatz sieht sie bis heute bedeutsam, feministische Politik brauche ein gesellschaftspolitisches Konzept, nicht nur einen frauenpolitischen Anspruch: „Wir haben natürlich nicht die entsprechende Sprache verwendet, die heute verwendet werden würde, aber ich finde wir haben eigentlich recht visionär und weit gedacht.“ Ihr damals bereits bedingt intersektionales Denken sieht sie in ihrer Arbeit bis heute als zentral. Heutiger Feminismus, etwa in ihrem Projekt „Frauenkreise“, sei nicht von Antirassismus zu trennen und stehe für eine freiere und gerechtere Gesellschaft.

Auch Tatjana Böhms Biographie geht weit über 1990 hinaus. In den 1980ern politisierte sie sich während ihrer Promotion im Wissenschaftskontext, engagierte sich in der „Sozialistischen Fraueninitiative“ und vertrat den am 3. Dezember 1989 in der Volksbühne gegründeten „Unabhängigen Frauenverband“ (UFV) bei politischen Entscheidungen. Ab 1992 arbeitete sie im Brandenburger Frauenministerium (heute Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie). Dort konnte sie zunächst viele Projekte, etwa die Mädchenarbeit, anstoßen, musste jedoch später feststellen, dass sie zwischen politischen Entscheidungen und feministischem Projekten steht, denen sie unter anderem Mittelstreichungen vermitteln muss.

Die drei- bis zwölfminütigen Videos sind unaufgeregt, den Ausführungen ist leicht zu folgen. Durch die verschiedene Aspekte und

Aktivitäten, die die Portraitierten ansprechen gelingt es, den Nutzer*innen sowohl Informationen über Anliegen und (Miss-)erfolge der Gruppen zu vermitteln als auch die Gefühlslage der Frauen in ihrem persönlichen und politischen Leben in der DDR näher zu bringen.

Die Einblicke, die Nutzer*innen der Seite durch die Erinnerungen der Frauen erhalten, gehen tief in aktivistische Bündnisse, politische Debatten und Zerwürfnisse hinein. Spannend ist dabei, dass die Interviewten einen (selbst-)kritischen Blick auf Positionen und Entwicklungen werfen und so zumindest einen Ausschnitt heterogener Frauenbewegungen zeigen. Denn leider bilden die aktuell auf der Webseite vorgestellten Aktivistinnen bisher noch nicht die angestrebte Diversität und Multiperspektivität der Video-Aufzeichnungen des Archivs ab. Alle fünf Frauen waren vor allem im Ost-Berlin der 1980er Jahre aktiv. Es bleibt zu hoffen, dass bald möglichst auch westdeutsche und frühzeitigere Einblicke möglich sind und so etwa die Interviews mit der Anwältin Alexandra Goy oder der feministischen Journalistin Gesine Stempel aufbereitet werden können.

Als nächstes soll mit Ben Baader auch ein Mann interviewt werden, der im lesbisch-feministischen Schabbeskreis in West-Berlin aktiv war.

Unser nächstes Magazin erscheint am 29. April 2020 und trägt den Titel „Kolonialismusaufarbeitung in Berlin“.

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.

Dieffenbachstr. 76

10967 Berlin

<http://www.lernen-aus-der-geschichte.de>

<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel

Webredaktion: Lucas Frings, Tanja Kleeh, Ulrike Rothe und Ingolf Seidel

Diese Ausgabe des LaG-Magazins wird gefördert durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.